



Krings-Brief vom 23. März 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

in ihrer ersten Regierungserklärung hat die in der letzten Woche vom Bundestag erneut gewählte Bundeskanzlerin die Schwerpunkte für die Arbeit der Bundesregierung klar umrissen. Die neue Bundesregierung und die CDU/CSU-Fraktion haben sich vorgenommen, Deutschland fit für die Zukunft zu machen und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken. Wir werden entschlossen Familien stärken, zum Beispiel durch die Erhöhung des Kindergeldes oder die Einführung eines Baukindergeldes, wir werden Arbeitnehmer steuerlich entlasten und in Pflege und Bildung investieren.

Europa müssen wir stärken, indem wir zum Beispiel den europäischen Grenzschutz verbessern und gemeinsame Strategien entwickeln, um unsere Interessen in der Welt zu vertreten. Dass dies wichtig ist, kann man anhand des Handelsstreites mit der Trump-Administration sehen. Außenpolitisch ist es wichtig, dass wir ein verlässlicher Partner sind und uns unserer Rolle in der NATO bewusst sind. Wir stehen zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO und werden dazu unsere Bundeswehr kontinuierlich modernisieren und neue Ausrüstung zur Verfügung stellen. Gleichzeitig werden wir die Entwicklungshilfe im gleichen Maße ausbauen. Vor uns liegen viele Aufgaben, die wir beherzt angehen und zügig umsetzen werden.

Die Regierungserklärung war aber auch von selbstkritischen Tönen gezeichnet: Die Bundeskanzlerin räumte ein, ein „Weiter so“ könne es allein deshalb nicht geben, weil sich die Welt eklatant

verändere. Als Ziele der Großen Koalition nannte sie unter anderem die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Wohlstand und Beschäftigung. Großen Wert legte sie auch auf den sozialen Zusammenhalt.

Dass der Prozess der Regierungsbildung fast ein halbes Jahr gedauert hat – so lange wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik –, zeigt auch, dass sich in unserem Land offenkundig etwas verändert hat. Der Ton der Auseinandersetzung ist rauer geworden, die Angst vor sozialer Spaltung größer. Die Bundesregierung hat daher die übergeordnete Aufgabe, alle Diskussionen so zu führen, dass am Ende durch konkrete Entscheidungen der Zusammenhalt in unserem Land größer und nicht kleiner wird. Die Aufnahme von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisengebieten des Nahen Ostens, vor allem Syriens, ist eine unglaubliche Bewährungsprobe für unser Land gewesen, die wir trotz unzureichender Vorbereitung bewältigt haben. Diese humanitäre Ausnahmesituation darf sich aber nicht wiederholen.

Generalausprache im Bundestag

Der darauffolgenden Generalausprache schlossen sich von Mittwoch bis zum heutigen Freitag Aussprachen zu allen Ressorts an. Die neue Bundesregierung stellte hier ihre Prioritäten und wichtigsten Themen in den einzelnen Politikfeldern vor. Anschließend wurden jeweils über die geplanten Vorhaben und Schwerpunktsetzungen debattiert. Heute Vormittag stellte der neu ernannte Bundesinnenminister Horst Seehofer seine Agenda für das Bundesinnenministerium vor, die auch meine Arbeit als Parlamentarischer Staatssekretär prägen wird. Horst Seehofer möchte zukünftig seiner Arbeit einen Dreiklang zugrunde legen, auf dem die zukünftigen Gesetzesvorhaben fußen werden: Sicherheit flächendeckend in Deutschland ausbauen, Migration steuern und begrenzen, sowie den sozialen Frieden sichern. Dies gelingt mit der bedingungslosen Anerkennung des Rechtsstaats und der konsequenten Durchsetzung geltenden Rechts, in allen Bereichen und bei jedermann. Denn ein starker Staat duldet keine rechtsfreien Räume. Die Maxime muss lauten: Null Toleranz, bei Gesetzesbruch und Regelmissachtung, bei Hassparolen und Gewalt gegen Andersdenkende und Andersgläubige.

Renten steigen auch 2018

Wie in den letzten Jahren auch, steigen die Renten in 2018 kräftig an: 3,2 Prozent Erhöhung erwartet die Menschen in den alten Bundesländern, 3,4 Prozent Steigerung sind es in den neuen Ländern. Beide Werte liegen über der voraussichtlichen Inflationsrate, so dass die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland erneut spürbar zunehmen wird. Der Grund für die Rentensteigerung ist die gute wirtschaftliche Entwicklung.

Im Koalitionsvertrag wurden weitere Verbesserungen unter anderem bei der Mütterrente und Erwerbsminderungsrente vereinbart, für deren rasche Umsetzung sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Nachdruck einsetzen wird. Außerdem wird die neue Bundesregierung eine Rentenkommission einrichten, um die Rente zukunftsgerecht auszugestalten. Vorschläge dazu werden demnächst dem Bundestag unterbreitet.

Herzliche Grüße

Ihr Günter Krings



Sagen Sie mir Ihre Meinung.
Besuchen Sie mich auf facebook.

(hier klicken!)